

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 85. Ratssitzung vom 26. Oktober 2011

1860. 2006/54

Weisung vom 01.06.2011:

Massnahmenpaket zur Reduktion der Feinstaubbelastung, ergänzender Bericht zum Postulat von Pierino Cerliani (Grüne)

Antrag des Stadtrats

Vom ergänzenden, mit Beschluss des Gemeinderates vom 3. Juni 2009 angeforderten Bericht des Stadtrates «Massnahmenpaket zur Reduktion der Feinstaubbelastung» wird Kenntnis genommen.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Uschi Heinrich (SP): *Beim vorliegenden Bericht handelt es sich nur um eine Zusammenfassung dreier Vorstösse seit Juni 2006. Von einem richtigen Bericht kann nicht die Rede sein, weil das Büro des Gemeinderats dem Stadtrat seinerzeit die Fristerstreckung nicht gewährt hat. Der Inhalt der Weisung ist somit nicht auf das eigentliche Thema Feinstaub gerichtet und nicht zielführend. Es fehlen insbesondere Massnahmen gegen die Feinstaubbelastung. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass die Feinstaubbelastung verschiedene gesundheitliche Probleme verursachen kann. Griffige Massnahmen gegen die Feinstaubbelastung sind nötig, allein schon aus ökonomischen Gründen. Die Luftbelastung kostet in der Stadt Zürich ungefähr 200 Mio. Franken pro Jahr, eingerechnet sind Behandlungen von Atemwegserkrankungen, Spitalaufenthalte, verlorene Lebensjahre durch vorzeitige Todesfälle usw. Der effektive Bericht sollte Ende 2011 vorliegen. Das Gesundheits- und Umweltdepartement wollte den Massnahmenplan Feinstaubbelastung des Kantons Zürich abwarten. Die ausführliche Debatte sollte bei Vorliegen des Berichts geführt werden. Bis dahin beantragt Ihnen die Mehrheit der Kommission, die vorliegende Weisung zur Kenntnis zu nehmen.*

Simon Kälin (Grüne) stellt den Änderungsantrag 1 und begründet diesen: *Die Vertretung der Grünen in der Kommission ist überhaupt nicht glücklich über die Art und Weise, wie mit dem Postulat von Pierino Cerliani (Grüne) umgegangen wurde. Der Feinstaub ist ein ernstzunehmendes Problem für die Gesundheit. Laut einer WWF-Studie sorgen Feinstaub und Stickoxide für Schäden in Milliardenhöhe. Eine Verringerung des Kohlenstoffoxid-Ausstosses um 30 Prozent würde die gesundheitlichen Schäden gesamtschweizerisch um jährlich 540 Mio. Franken reduzieren. Mit einer Emissionsverringere-*

rung um 40 Prozent könnten jährlich sogar 800 Mio. Franken eingespart werden. Gemäss des Umweltberichts der Stadt Zürich 2011 ist eine Verschärfung der Massnahmen nötig. Zwar konnten die ausgestossenen Schadstoffmengen durch den konsequenten Vollzug der Luftreinhalteverordnung bereits erheblich reduziert werden, die Ziele sind aber noch nicht erreicht. Im Sinne einer Verschärfung ist darum ein städtischer Massnahmenplan in Bearbeitung, der die besonderen Verhältnisse der Stadt Zürich berücksichtigen soll. Der Immissionsgrenzwert für Feinstaubpartikel PM₁₀ gemäss Luftreinhalteverordnung wird in der Stadt Zürich grossflächig nicht eingehalten. Aufgrund der hohen Verkehrsdichte ist die Stadt bei der Lufthygiene besonders gefordert. Im Bereich der Feinstaubbelastung besteht aus gesundheitlicher Sicht derzeit grösster Handlungsbedarf. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, dem Antrag der Minderheit 1 Folge zu leisten und bei Vorliegen des Massnahmenplans noch einmal darüber zu diskutieren.

Urs Weiss (SVP): Die Minderheit 2 beantragt Ihnen, den Bericht ablehnend zur Kenntnis zu nehmen und die Weisung abzuschreiben.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Der Stadtrat teilt das Missbehagen gegenüber der langen Vorgeschichte der Weisung und natürlich auch die Bedenken betreffend die schädliche Wirkung des Feinstaubes. Die Hauptverursacher der Feinstaubbelastung sind der motorisierte Strassenverkehr, die Haushalte und das Baugewerbe. In diesen Bereichen ergreifen Bund und Kantone Massnahmen, und die Stadt muss ihre eigenen Massnahmen darauf abstützen. Der Massnahmenplan Luftreinhaltung des Kantons Zürich war massiv verspätet. Die Anträge der Stadt wurden vom Kanton grösstenteils nicht berücksichtigt bei der Erarbeitung des Massnahmenplans. Auf städtischer Ebene können wir Massnahmen, die über die Massnahmen des Kantons hinausgehen, nur in einem sehr engen Rahmen beschliessen, namentlich dort, wo für die Feinstaubbelastung stationäre Quellen verantwortlich sind. Diesen Handlungsspielraum wollen wir unbedingt ausnützen. Wir beabsichtigen, den kantonalen Massnahmenplan zu ergänzen und allenfalls erneut Anträge an den Kanton zu stellen. Der städtische Massnahmenplan wird insbesondere Bestimmungen enthalten über technische Anlagen, über Russpartikel und über den Schutz vor übermässigen Feinstaub- und Geruchsemissionen im Nahbereich. Um nicht Gefahr zu laufen, dass gewisse Massnahmen obsolet werden, waren wir gezwungen, den kantonalen Massnahmenplan abzuwarten. Deshalb ist der vorliegende Bericht dünn ausgefallen. Sobald wir Ihnen mehr vorlegen können, werden wir dies gerne tun.

Weitere Wortmeldungen:

Marianne Dubs Früh (SP): Ich nehme dem Stadtrat ab, dass er die Bevölkerung vor dem Feinstaub und vor weiteren Immissionen schützen will. Auch der neue Ansatz von Stadträtin Ruth Genner (Tempo 30 in der Nacht) kann sicher zur Verringerung der Feinstaubbelastung beitragen.

Dr. Zora Ledergerber (GLP): Das Postulat aus dem Jahr 2006 hat leider noch nichts an Gültigkeit und Berechtigung verloren. Der Umweltbericht 2011 bestätigt, dass die Luftbelastung seit Jahren auf übermässigem Niveau stagniert. Insbesondere im Siedlungsgebiet und entlang der Hauptverkehrsachsen werden die Grenzwerte der Luftreinhalteverordnung nach wie vor teilweise massiv überschritten. Es ist deshalb unbestritten, dass Handlungsbedarf besteht. Natürlich wäre es wünschenswert gewesen, wenn zum Zeitpunkt der Kenntnisnahme des Berichts bereits der Massnahmenplan vorgelegen wäre. Dass dies nicht der Fall ist, liegt unter anderem an der nicht erteilten Fristerstreckung durch das Büro des Gemeinderats und ist nicht primär als Fehler des Stadtrats zu werten. Deshalb nehmen wir von der GLP den Bericht zur Kenntnis. Das städtische Massnahmenpaket werden wir zu gegebener Zeit umso kritischer unter die Lupe nehmen.

Alexander Jäger (FDP): Die FDP nimmt den Bericht zur Kenntnis und findet es schade, dass die Fristerstreckung nicht gewährt wurde.

Dr. Richard Wolff (AL): Es liegt uns kein Bericht vor. Ein Postulat sollte nicht mit ein paar vagen Absichtserklärungen abserviert werden. Wir unterstützen den Antrag der Grünen auf Sistierung der Behandlung, bis der Massnahmenplan vorliegt. Ausserdem wünsche ich mir, dass die Stadt ihre Möglichkeiten wahrnimmt und auch im Bereich des Verkehrs Massnahmen ergreift: Z. B. könnte Tempo 30 auch am Tag gelten, die Velowege könnten ausgebaut und die Spurreduktion vorangetrieben werden. Die angenommene umverkehr-Initiative sollte jetzt zum Anlass genommen werden, mit doppeltem Schub voranzugehen und aktiv zu werden. Das vorliegende Papier kann ich aber nicht als Bericht zur Kenntnis nehmen.

Michael Schmid (FDP): Wir von der FDP anerkennen das Problem der Feinstaubbelastung. In den bisherigen Voten wurde der Autoverkehr angegriffen. Tatsächlich sind aber die Holzpellettheizungen zu einem grossen Teil für das Problem verantwortlich. In diesem Bereich wäre die Stadt hochkompetent, da es sich um stationäre Quellen handelt. Das städtische Liegenschaftsportfolio sollte diesbezüglich kritisch überdacht werden. Holzpellettheizungen sollten nicht länger als besonders nachhaltig und ökologisch gelobt werden.

Marcel Schönbächler (CVP): Normalerweise nehme ich einen Bericht, der keine Fragen beantwortet, nicht ab. In diesem Fall sind aber konkrete Massnahmen angekündigt. Eine Sistierung wäre ein juristischer Leerlauf. Ich bitte Sie deshalb, mit der Mehrheit zu stimmen.

Dr. Martin Mächler (EVP): Wir von der EVP finden es auch eigenartig, wenn Sachen bereits abgeschrieben werden, bevor ein Bericht vorliegt. Deshalb stimmen wir der von den Grünen beantragten Sistierung zu.

Severin Pflüger (FDP): Benzinmotoren produzieren keinen Feinstaub. Und Dieselmotoren stossen nur dann Feinstaub aus, wenn kein Partikelfilter montiert ist. Die Partikelfil-

terpflicht haben wir dank der Euro-5-Norm mehr oder weniger eingeführt. Ich persönlich gehe aber davon aus, dass der Feinstaubanteil wieder steigen wird. Ölheizungen sind mit Filter ausgerüstet, nicht aber die Holzpelletheizungen, die allein wegen des nachwachsenden Rohstoffs als ökologisch bezeichnet werden. Es ist erstaunlich, dass Holzheizungen nicht der Filterpflicht unterliegen. Hier gibt es noch einiges zu tun. Beim motorisierten Individualverkehr ist das Potenzial hingegen ausgeschöpft.

STP Claudia Nielsen: *Mit der Frage der Holzheizungen befassen wir uns sehr wohl gründlich. Es gibt verschiedene Arten von Holzheizungen. Cheminées und Schwedenöfen in privaten Haushalten schneiden tatsächlich weder in Bezug auf die Wärmeleistung noch in Bezug auf die Emissionen gut ab. Daneben existieren aber auch Holz-schnitzelheizungen und grosse Anlagen sowie Wärmeverbunde, wo sich das Resultat absolut sehen lässt. Die grossen Holzheizanlagen sind mit einem Rauchgasfilter versehen. Der Strassenverkehr sollte nicht allzu schön geredet werden, immerhin macht er 34 Prozent der PM₁₀-Emissionen aus, und dafür sind nicht nur Dieselmotoren verantwortlich. Zu den NO_x-Emissionen trägt er gar 59 Prozent bei. Mit einer allfälligen Sistierung der Behandlung könnten wir übrigens leben. Die Kommission ist über den ungefähren Inhalt des Berichts informiert.*

Severin Pflüger (FDP): *Benzinmotoren produzieren definitiv keinen Feinstaub. Wenig Feinstaub entsteht durch den Bremsabrieb von Fahrzeugen mit Benzinmotoren. Dieser Anteil ist aber viel geringer als derjenige von Zügen und Trams. Ich habe eine Frage an Stadträtin Claudia Nielsen: Das Stadion Letzigrund hat ja eine Holzpelletheizung – was für einen Filter hat diese Heizung und wie effizient ist er? Stösst die Heizung noch Feinstaub aus, ja oder nein?*

Änderungsantrag 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgendes Dispositiv an Stelle des Dispositivs des Stadtrats:

Die Behandlung der Weisung 2006/54 wird sistiert bis zum Vorliegen des beschlossenen Massnahmenplans Luftreinhaltung der Stadt Zürich.

Mehrheit:	Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Referentin; Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Martin Bürlimann (SVP) i.V. von Urs Weiss (SVP), Margrit Haller (SVP), Andrea Hochreutener (SP), Alexander Jäger (FDP), Dr. Zora Ledergerber (GLP), Alan David Sangines (SP), Marcel Savarioud (SP) i.V. von Marianne Dubs Früh (SP), Marcel Schönbächler (CVP)
Minderheit:	Simon Kälin (Grüne), Referent, i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Jürg Ammann (Grüne), Bernhard Piller (Grüne) i.V. von Karin Meier-Bohrer (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 20 Stimmen zu.

5 / 6

Änderungsantrag 2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Vom ergänzenden, mit Beschluss des Gemeinderates vom 3. Juni 2009 angeforderten Bericht des Stadtrates «Massnahmenpaket zur Reduktion der Feinstaubbelastung» wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Referentin; Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Jürg Ammann (Grüne), Andrea Hochreutener (SP), Alexander Jäger (FDP), Simon Kälin (Grüne) i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Dr. Zora Ledergerber (GLP), Bernhard Piller (Grüne) i.V. von Karin Meier-Bohrer (Grüne), Alan David Sangines (SP), Marcel Savarioud (SP) i.V. von Marianne Dubs Früh (SP), Marcel Schönbächler (CVP)
Minderheit:	Martin Bürlimann (SVP) i.V. von Urs Weiss (SVP), Referent; Margrit Haller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 23 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Referentin; Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Andrea Hochreutener (SP), Alexander Jäger (FDP), Dr. Zora Ledergerber (GLP), Alan David Sangines (SP), Marcel Savarioud (SP) i.V. von Marianne Dubs Früh (SP), Marcel Schönbächler (CVP)
Minderheit:	Simon Kälin (Grüne), Referent, i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Jürg Ammann (Grüne), Bernhard Piller (Grüne) i.V. von Karin Meier-Bohrer (Grüne)
Enthaltung:	Martin Bürlimann (SVP) i.V. von Urs Weiss (SVP), Margrit Haller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 20 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Vom ergänzenden, mit Beschluss des Gemeinderates vom 3. Juni 2009 angeforderten Bericht des Stadtrates «Massnahmenpaket zur Reduktion der Feinstaubbelastung» wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 2. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung

6 / 6

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat